



| Vorstand

Pressedienst

29 Januar 2013
Nr. 4/2013

IG Metall: Arbeitgeber blockieren Anti-Stress-Gipfel – Urban fordert Rechtsverordnung zum Schutz der Arbeitnehmer

Frankfurt am Main - Mit Unverständnis und Verärgerung hat die IG Metall auf das überraschende Scheitern einer gemeinsamen Erklärung von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften zum Kampf gegen Stress am Arbeitsplatz reagiert. Durch massive Änderungsvorschläge an dem bereits fertig abgestimmten Entwurf haben die Arbeitgeber aus Sicht der IG Metall die gemeinsame Erklärung bewusst platzen lassen.

„Eine große Anti-Stress-Koalition ist durch die Verweigerung der Arbeitgeber geplatzt“, sagte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, am Dienstag in Frankfurt. „Anscheinend haben sich kurzfristig noch die Hardliner auf Arbeitgeberseite durchgesetzt. Burn-Out und arbeitsbedingter Stress treffen immer mehr Menschen, nicht zuletzt durch wachsende prekäre Beschäftigung und Entgrenzung der Arbeitswelt. In Deutschland scheinen dies einzig und allein die Arbeitgeber noch nicht begriffen zu haben“.

Herausgegeben von der
Pressestelle der IG Metall
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main

Telefon 069/6693-2670/72/74
Telefax 069/6693-2870
E-Mail: Pressestelle@igmetall.de
Internet: www.igmetall.de

Die IG Metall sieht eine große Chance vertan, das Thema endlich in angemessener Weise zu beachten und anzugehen. Die Ignoranz einiger Gehe zu Lasten von immer mehr Menschen, die unter den Folgen von Stress und Burn-Out leiden, kritisierte Urban. Die Blockade der Arbeitgeber zeige in aller Deutlichkeit, dass nur eine Anti-Stress-Verordnung mit verbindlichen Regelungen, wie sie die IG Metall schon länger fordert, Arbeitnehmer vor Psycho-Stress am Arbeitsplatz schützen kann.

„Bleibt Frau Ministerin von der Leyen untätig, könnte dies ihre Glaubwürdigkeit im Kampf gegen Burn-Out erheblich beeinträchtigen. Sie darf dem Widerstand der Arbeitgeber nicht nachgeben“, sagte Urban. „Das Problem ist viel zu groß und die Ignoranz der Arbeitgeber zu massiv, als dass man ohne rechtsverbindliche Vorschriften vorankommt. Unternehmen und Beschäftigte brauchen klare Regeln für erträgliche Arbeit und deswegen eine klare und wirksame Anti-Stress-Verordnung. Jetzt ist die Ministerin am Zuge.“